Erscheint jeden Freitag.
Postsparkassen-Konto Nr. 45983.
Inseraten-Abteilung Nr. 63372
Telephon Nr. 284-30.
Redaktionsschluß Mittwoch, 9 Uhr vormittags.
Inseratenpreis 2 Kč pro mm unserer Spaltenbreite.
Redaktion und Administration Prag I., Celetná 22.
XXII. Jahrgang.
Nr. 53

Selbstwehr
Jüdisches Volksblatt

Bericht über die Berliner A.-C.-Sitzung.

15. Tebet 5689.
28. Dezember 1928.

Red. und adm. Zweigstellen: Brünn: Koliště 57. — Mähr.-Ostrau: Hvězdoslavová 29. — Karlsbad: Dr. Ullmann, Hauptstraße, Haus Edelweiß. — Für Reichenberg und Gablonz: Artur Dub, Reichenberg, Bahnhofstraße. — Für Aussig, Bodenbach, Teplitz und Brüx: Gustav Seidemann, Teplitz-Schönau, Parkstraße 1771.

Die vornehmste Aufgabe.

Von Dr. Josef Rufeisen.

Der VIII. tschechoslowakische Zionistentag wird dem Exekutivkomitee und auch mir persönlich Gelegenheit geben, im Rahmen der Debatte zum Rechenschaftsberichte und zur künftigen Arbeit zu den aktuellen Problemen Stellung zu nehmen. Ich will mich heute darum begnügen, eine Frage herauszugreifen, die — wie ich glaube — zu wenig im Vordergrunde der Erörterungen steht. Weizmann hat mit dem Einsatze seiner ganzen Persönlichkeit den Kampf um die Erweiterung der Jewish Agency zu Ende geführt und hiebei einen Sieg errungen, dessen Wesen nicht darin zu suchen ist, daß die überwiegende Mehrheit in der Zionistischen Organisation die Konzentration der Kräfte des gesamten Judentums für den Aufbau der nationalen Heimstätte in Erez Israel gutheißt, dessen Bedeutung vielmehr darin liegt, daß unser unerschütterlicher Glauben an die Kraft der zionistischen Idee die nichtzionistischen Gruppen im Judentum überzeugt hat. In der von Marshall repräsentierten Gruppe unserer künftigen Partner in der Jewish Agency gibt es bereits eine nicht zu unterschätzende Zahl von Freunden des Aufbauwerkes, welche die durch unseren Zionistenkongreß gebrauchte Bezeichnung „Nichtzionisten" als unzutreffend ansehen und durch die Wahl der Worte „Non-Partisans" auszudrücken wünschen, daß nicht die Negation der zionistischen Idee, sondern die Ablehnung des Parteimäßigen in unserer Organisation sie unseren Kreisen bisher vornehmlich ferngehalten habe. Es ist Geist von unserem Geiste, der uns aus den Beschlüssen des Organisationskomitees entgegenweht, welchem die von Marshall geleitete Konferenz der „Unparteiischen" die Vollmacht zu den abschließenden Verhandlungen mit der zionistischen Weltorganisation über die Erweiterung der Jewish Agency erteilt hat. Das Programm der Heranziehung weitester Kreise des Judentums zur Mitarbeit und Mitverantwortung für den Aufbau der nationalen Heimstätte ist seiner Verwirklichung erheblich näher gebracht; wenn wir die künftige Arbeit in unserem Landesverbande besprechen werden, wird voraussichtlich bereits die Entscheidung gefallen sein.

Es wäre aber falsch, nunmehr die Folgerung zu ziehen, daß die Bedeutung der zionistischen Organisation in den Hintergrund gedrängt sei. Es war meines Erachtens der wesentliche Fehler des Kampfes gegen die Erweiterung der Jewish Agency, daß er aus begreiflicher Hemmung, unser im Treibhause unserer Ideologie mit Liebe und Treue mühsam gezogenes Pflänzchen „Fremden" anzuvertrauen, — mochte uns auch immer noch ein Teil der verantwortlichen Pflege verbleiben — sich gegen die Erweiterung der Jewish Agency selbst wehrte, anstatt seine Sorge um die Zukunft der Frage zu widmen, wie das Leben und das Gedeihen unserer Saat im Sturme der rauhen Wirklichkeit gesichert werden kann. Positive Fürsorge und nicht negative Bedenken waren am Platze.

Es handelte sich nach meiner Ueberzeugung nicht um die Sorge, das nationale Heim könnte durch den Einfluß unserer Partner seinen Charakter verlieren. Es war für mich niemals zweifelhaft, daß das jüdische Heim in Erez Israel so aussehen wird, wie die Leute es bauen werden, die dort persönlich Hand anlegen. Deshalb legte ich immer den Doktrinen so wenig Bedeutung bei, die in verschiedenen Ländern der Galuth über Lebensformen und Weltanschauungen diskutiert wurden und noch werden. Daß unsere „unparteiischen" Partner so wie die Mehrzahl unserer zionistischen Freunde an dem Aufbau Erez Israels ohne das Bewußtsein mitarbeiten, für sich selbst und ihre Kinder — im wörtlichsten Sinne — zu bauen, ist vielleicht der schwächste Punkt unserer Position.

Die politischen und wirtschaftlichen Funktionen beim Aufbau des Landes dürfen wir und werden wir getrost mit allen „unparteiischen" Freunden des Aufbauwerkes teilen. Wer bisher zweifelte, darf sich nach den Beschlüssen von New York beruhigen. Aber eines dürfen wir nicht übersehen: die Zionistische Organisation ist jetzt nicht entbehrlich, sondern nötiger als je; nicht um unsere „fifty" durch Klubbeschlüsse zu binden — ich habe zu den anderen fifty in mancher Beziehung mehr Vertrauen als zu einem Teile der unseren —, aber wichtig ist die viel zu wenig betonte Erkenntnis, daß unser Programm mit dem „Aufbau der nationalen Heimstätte" noch nicht erfüllt ist. Es ist eine Heimstätte für das jüdische Volk, die wir wünschen. Dem Aufbau des jüdischen Volkes muß sich die zionistische Organisation mit doppelter Aufmerksamkeit zuwenden, in viel höherem Maße, als diese bisher der Fall war. Nicht mit papierenen Resolutionen, daß jeder Zionist die hebräische Sprache erlernen müsse, nicht mit blutleeren ideologischen Diskussionen über Vertiefung der zionistischen Idee und Erstarkung des zionistischen Willens, sondern durch Schaffung lebendiger Wirklichkeit. Sprechen wir nicht über jüdische Kultur, jüdische Geschichte, jüdische Literatur, hebräische Sprache, lasset uns darin leben, lebendige jüdische Werte schaffen, durch eigene Leistung eines jeden einzelnen von uns dem jüdischen Volke neue Impulse geben, die imstande sind, Nichtzionisten und Unparteiische mitzureißen, wie uns dies durch die Kraft der Idee unseres nationalen Heims gelungen ist. Unsere Sorge um das nationale Heim ist nunmehr geteilt; doppelt ist jetzt unsere Sorge um das jüdische Volk. Schaffen wir dem jüdischen Land auch wieder das jüdische Volk! Das ist die vornehmste der nüchternen Aufgaben unserer Organisation.

Die Berliner Aktions-Comitee-Sitzung.

Das Memorandum Louis Marshall's.

Das von Dr. Weizmann zu Beginn der ersten Sitzung des Zionistischen Aktionskomitees vorgelegte Memorandum Louis Marshalls, welches auf den Schlußfolgerungen der gemeinschaftlichen Beratungen des Siebenerkomitees der amerikanischen Nichtzionisten und des von den Zionisten eingesetzten Siebenerausschusses beruht, enthält die folgenden Punkte:

1. Es wird anerkannt, daß die verschiedenen Empfehlungen der Joint Palestine Survey Commission lediglich als eine Basis für zukünftige Aktionen zu betrachten sind. Es wird als wahrscheinlich angesehen, die Modifikationen als ratsam erscheinen zu lassen. Es wird naturgemäß erwartet, daß nach Gründung der erweiterten Jewish Agency diese Körperschaft die ihrer Kompetenz unterliegenden Angelegenheiten in einer Weise behandeln wird, die geeignet ist, der Entwicklung Palästinas in wirtschaftlicher, geistiger und kultureller Beziehung bestens zu dienen.

2. Der Erwerb von Boden in Palästina aus Mitteln der Jewish Agency wird als eine grundsätzlich gesunde Politik betrachtet. Jedoch wird hiemit ausdrücklich festgestellt, daß der Boden nach Weisung der Jewish Agency, durch den Jüdischen Nationalfonds (Keren Kajemeth Lejisrael) angekauft, und daß die Eigentumstitel des erworbenen Bodens auf den Namen des Jüdischen Nationalfonds eingetragen werden sollen, damit er unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes wird. Hiebei wird davon ausgegangen, daß die Bedingungen, unter denen das somit im Eigentum des Jüdischen Nationalfonds befindliche Land verwendet, besetzt, verpachtet oder von irgendeiner Person, Gesellschaft oder Korporation in Besitz gehalten werden soll, vorher durch die Jewish Agency gebilligt und bestätigt werden. Ebenso, daß irgendwelche Aenderungen oder Modifikationen, die im Hinblick hierauf irgendwann gemacht werden sollten, in gleicher Weise der Genehmigung und Billigung der Jewish Agency unterliegen. Der Zweck dieser Maßnahmen soll nicht dahin verstanden werden, als sei beabsichtigt, den Erwerb von Boden aus privaten Mitteln zu entmutigen, solange die Erwerbung des Boden nicht spekulativen Zwecken dient und keinen unfreundlichen Akt gegenüber Plänen des Jüdischen Nationalfonds oder der Jewish Agency darstellt. Die Jewish Agency soll berechtigt sein, einen Teil ihrer Mittel in den Erwerb von Aktien, Bonds, Pfandbriefen oder anderen Wertpapieren irgendeiner bestehenden oder in Zukunft zu gründenden Gesellschaft zu investieren, um auf diese Weise den Erwerb von Boden in Palästina durch Private zu erleichtern. Ebensowenig sollen die eingangs bezeichneten Maßnahmen dahin verstanden werden, daß beabsichtigt sei, die Ausführung einer Politik zu hindern, die die Jewish Agency annehmen mag, um diejenigen zu unterstützen, die sich auf dem Boden mit eigenen Mitteln in einer Weise und unter Bedingungen ansiedeln wollen, die mit der hierin niedergelegten grundsätzlichen Politik nicht im Widerspruch stehen.

3. Ohne die Siedlungsform, die in Zukunft in Palästina angewandt werden soll (Moschaw, Kwuzah oder eine andere Form) bestimmen zu wollen, soll es dem Urteil der Jewish Agency überlassen bleiben, über die wirtschaftliche Eignung und Ausführbarkeit irgendeines vorgeschlagenen Siedlungs- oder Kolonisationsplanes zu entscheiden, bevor Mittel, die der Kontrolle der Agency unterliegen, für eine bestimmte Siedlung oder Kolonie angewiesen werden.

4. Was die Einwanderung von Juden nach Palästina anbelangt, so ist es klar, daß sie sowohl durch die Jewish Agency, wie die Regierung Palästinas in dem vollsten ausführbaren Ausmaß und in Uebereinstimmung mit den allgemeinen, in den Empfehlungen der Joint Palestine Survey Commission niedergelegten Grundsätzen ermutigt und gefördert werden soll, wobei anerkannt wird, daß sowohl Arbeiterimmigranten wie Immigranten mit eigenen Mitteln in Betracht gezogen werden sollen.

5. In allen Arbeiten und Unternehmungen, die von der Jewish Agency ausgeführt oder gefördert werden, soll jüdische Arbeit verwendet werden.

6. Die hebräische Sprache und jüdische Kultur sollen gefördert werden.

In einem Zusatzmemorandum Marshalls werden die folgenden Punkte mitgeteilt, die in Anerkennung der Berechtigung gewisser Vorsichtsmaßnahmen der Zionisten in der gemeinschaftlichen Sitzung beider amerikanischen Komitees angenommen wurden:

1. Um allen Fragen vorzubeugen, die im Falle der Wiederauflösung der erweiterten Jewish Agency auftauchen könnten und um für jeden Fall die Fortdauer einer Jewish Agency gemäß Art. IV sicherzustellen, sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden zur Erlangung der Zustimmung der Mandatarmacht oder einer anderen etwa zuständigen Instanz zu dem Plan der Erweiterung der Jewish Agency in Verbindung mit einer Klausel, wonach im Falle einer zukünftigen Wiederauflösung der erweiterten Jewish Agency alle Rechte und Privilegien, die jetzt der Zionistischen Organisation in Uebereinstimmung mit Art. IV des Mandates zustehen, an sie uneingeschränkt zurückfallen sollen.

2. Der zionistische Kongreß soll ersucht werden, nach Bewerkstelligung des oben bezeichneten Arrangements, seine Resolution betreffend ein dreijähriges Provisorium der Agency wieder aufzuheben.

Debatte.

Nach den Reden Weizmanns und Sokolows begann die Debatte über die Jewish Agency. Als Erster ergriff das Wort der Führer der radikalen Zionisten

J. Grünbaum (Warschau).

Er führte u. a. aus: Ich wende mich gegen die Auffassung, die meint, es gehe uns nur Palästina an, das andere jüdische Leben kümmere uns nicht. Die Aufgabe des Zionismus ist es aber, die Macht im jüdischen Leben zu erobern, nicht etwa ängstlich den Frieden zu wahren, um nicht die große Palästinaarbeit zu stören. Ein solches System wäre für unsere Länder sehr gefährlich. Wir haben schon in Polen und Rumänien gesehen, daß die Regierung dem Zionismus öffentlich ihre Sympathien erklärt und trotzdem eine antijüdische und antizionistische Politik im Innern des Landes führt. Der Redner geht dann auf die Notwendigkeit einer radikalen zionistischen Propaganda über, da insbesondere die Jugend nur dort sich angezogen fühlt, wo sie Kraft und ehrliches Wollen spürt. Wir wollen also wissen, ob Dr. Weizmann auch bei uns in Polen die amerikanischen Methoden anwenden will. Der Redner erörtert sodann die einzelnen Punkte von Marshalls Memorandum und beschäftigt sich insbesondere mit der Frage des Provisoriums. Man müsse sich bei der englischen Regierung vergewissern, daß nach einem eventuellen Zusammenbruch der erweiterten Agency die Zionistische Organisation wirklich alle Rechte der Jewish Agency wieder erhalte. Der Redner erklärt zum Schluß, er bleibe Gegner der Agency-Politik, für die Mehrheit aber handle es sich nicht mehr um die Alternative zwischen Annahme und Ablehnung der erweiterten Jewish Agency, sondern darum, bei der Konstruktion des Paktes mit den Nichtzionisten alle darin liegenden Gefahren, soweit menschliche Voraussicht reicht, zu vermeiden.

Lewite (Warschau) ist im Gegensatz zu den Ausführungen Grünbaums der Ansicht, daß die Aufbauarbeit in Palästina die Nationalisierung im Golus verstärken wird.

Rubaschow (Poale Zion) wendet sich dagegen, daß man die Bedingungen des Aktionskomitees vom Juli dieses Jahres für erfüllt hält. Der Punkt III des ersten Marshall-Memorandums entspricht nicht dem, was das Aktionskomitee ausdrücken wollte. Es wird hier eine Art von Vormundschaft über die Siedler in Aussicht genommen und es wird nicht bestätigt, daß der Siedler in der Wahl der sozialen Formen frei ist. Niemand will eine Siedlungsform aufrecht erhalten, falls sie sich als wirtschaftlich undurchführbar erwiesen hat. Wir glauben aber, daß die Kwuzah sich bewährt hat. Die Survey Commission hat aber nicht nur die Kwuzah angegriffen, sondern auch den Moschaw, denn sie legt die Hand auf das heiligste Prinzip der Arbeiterschaft, nämlich das Prinzip der Awodah Azmit (Selbstarbeit). Redner geht dann auf die Frage der Zusammensetzung der Agency über und fordert nachträglich eine Hinzuziehung der nichtzionistischen Arbeiterschaft in Amerika.

Raiditsch (Paris): Wenn Grünbaum von der Abwendung der Jugend gesprochen hat, so müsse darauf verwiesen werden, daß die Jugend uns dann verlassen wird, wenn sie zu lange warten muß. Redner ist dafür, so schnell als möglich alle Vorbereitungen zu treffen, damit nach dem Kongreß die Agency organisiert werden kann.

Lichtheim (Revisionist) kommt zu dem Ergebnis, daß die Bedingungen des Aktionskomitees nicht erfüllt sind mit Ausnahme des Punktes, der den Nationalfonds betrifft.

Dr. **Reich** (Lemberg): Man steht vor vollendeten Tatsachen, und darum ist jede nörgelnde Einwendung bedeutungslos. Grünbaum hat auf Verhältnisse in Polen angespielt. Es ist nicht wahr, daß das Vertrauen zum Zionismus in Polen erschüttert ist. Wir hoffen, daß, wenn Weizmann bald nach Polen kommen wird, er ebenfalls sich überzeugen wird, daß das Vertrauen zu den zionistischen Führern ungeschwächt lebt.

Dr. **Coralnik** (New York) erklärt, daß der Standpunkt der Eigenwilligkeit und der Eigenbrödelei verlassen werden müsse. Man hat im amerikanischen Zionismus lange gegen die Agency gekämpft und dann aus praktischen Gründen diesen Kampf aufgegeben. Wir müssen die Vorschläge der Exekutive akzeptieren und uns vor Verschleppung hüten.

Farbstein (Misrachi) erinnert daran, daß er immer Bedenken gegen die Erweiterung der Jewish Agency gehabt hat. Aber jetzt ist in Amerika etwas Bedeutsames geschehen und heute kann man nicht mehr sagen: man will die Jewish Agency nicht. Redner wendet sich gegen Grünbaums Forderung, daß man Garantien für den Fall der Auflösung des Paktes suche. Es gibt im lebendigen Fluß der Entwicklung keine Garantien.

Dr. **Solowejtschik** (Radikaler): Der Kampf ist beendigt, jetzt fühlt man, daß man sich auf einem schweren Weg voller Gefahren befindet. Redner stellt die Frage, womit jetzt die Zionistische Organisation ausgefüllt werden wird. Die zionistischen Unterhändler haben nicht alle zionistischen Forderungen durchgesetzt, sie haben ihr Mandat nicht erfüllt, daher müssen sie vor den Kongreß treten und ein neues Mandat fordern. So lange der Kongreß seine Beschlüsse nicht abgeändert hat, kann in der Bildung der Agency nicht fortgefahren werden.

Meier Berlin (Misrachi) spricht ausführlich über die Frage des Nationalfonds, dessen Direktorium er angehört. Wir können Dr. Weizmann beglückwünschen, denn er hat mehr erreicht, als man erwartet hatte.

Baraz (Hapoel Hazair), Palästina, wendet sich gegen Grünbaum und erklärt, Palästina könne sich den Luxus einer weiteren Verschiebung nicht leisten. Das Aktionskomitee müsse aber auf der Forderung der letzten Sitzung bezüglich der Kwuzah beharren.

Dr. **Federbusch** (Misrachi) erklärt die Resolution der Marshall-Gruppe für zufriedenstellend.

Blumenfeld (Berlin) schließt sich dem Antrag an, das vorliegende Angebot der Marshall-Gruppe ohne weitere Einschränkung zu ratifizieren. Die Forderungen des Aktionskomitees sind dem Sinne nach erfüllt worden und nur der eine Punkt betreffend das Provisorium ist eine Änderung, aber eine durchaus annehmbare. Der Zionismus ist in vielen Ländern und gerade im Westen durch die inneren Kämpfe

Mit Rücksicht auf die christlichen Feiertage erscheint die heutige Nummer als bloße Nachrichtenausgabe. Sie enthält hauptsächlich den Bericht über die Berliner A.-C.-Sitzung.

weit mehr bedroht als durch die Agency. Für Palästina ist die Kraft und der Geist der dort arbeitenden Bevölkerung der ausschlaggebende Faktor; die Kämpfe auch um die soziale Gestaltung werden in Wahrheit im Lande selbst ausgefochten werden. Es gibt zahlreiche Zionisten, die den Glauben an die Organisation verloren haben und eine Agency-Politik von der Art treiben, auf die die Kritik der Agency-Gegner zutrifft. Ihnen kann man nur sagen: wenn wir nicht die Kraft haben, die Zionistische Organisation aufrecht zu erhalten, dann wird auch aus der Agency nichts werden. Die Agency wird nur das sein, was wir Zionisten aus ihr machen.

In der Sitzung von Freitag, den 21. Dezember, 10 Uhr vormittags, wurde die Debatte über die Jewish Agency fortgesetzt.

Glickson (Waad Leumi-Palästina) betont, daß eine prinzipielle Auseinandersetzung über den Zweck der Agency jetzt nicht am Platze sei, es handle sich ausschließlich um das Problem, ob die Bedingungen des Kongresses und des Aktionskomitees erfüllt sind. Der Waad Leumi hat beschlossen, daß seine Vertreter auf strikter Erfüllung bestehen sollen. In den letzten Tagen ist durch das Bekanntwerden der zwei Memoranda Marshalls eine entscheidende Wendung zum Guten eingetreten. Eine Stärkung unserer Position in Erez Israel ist auch die stärkste nationale Kraft für die Galuth.

Dr. Halpern: Unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß die Agency wirklich etwas Großes in Palästina tut und nicht etwa eine bloße Verwaltungsbehörde wird. Nach der Bildung der Agency müssen wir dahin wirken, daß die anderen wirklich voll berechtigt mitarbeiten.

Großmann (Revisionist) meint, daß es noch heute nicht sicher ist, ob die Jewish Agency tatsächlich gemacht sei. Die Exekutive sollte ebenso viel Energie verwenden, um die 50 Prozent, die da sind, die Zionisten, nicht zu verlieren, wie sie sich bemüht, die anderen 50 Prozent zu gewinnen. Die Basis der Marshall-Gruppe ist unsicher. Eine Kooperation mit den anderen ist ganz gut ohne die Agency denkbar. Die Revisionisten bleiben in der Organisation, weil sie die Hoffnung haben, daß noch manches anders kommen kann als die Mehrheit denkt.

Remez (Achduth Awodah-Palästina) gibt den Befürchtungen der Arbeiterschaft Ausdruck, die Agency könne sich in ein System der Bevormundung der Siedler verwandeln. Redner erklärt, daß die zionistischen Mitglieder der Agency gebunden bleiben, für die volle Erfüllung der Juli-Beschlüsse einzutreten.

Sprinzak (Hapoel Hazair-Palästina): wir sind eine demokratische Bewegung und es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit der Bewegung die Agency-Politik will. Redner schildert ausführlich die geistige Situation der Jugend, die nicht durch die Agency-Politik deprimiert ist, sondern durch den Mangel an Arbeit, an Alijah, an Verwirklichkeitsmöglichkeit. Zum Schluß spricht der Redner sein Bedauern aus, daß zu den Verhandlungen mit dem Siebenerkomitee der Marshall-Gruppe auf zionistischer Seite kein Vertreter der Arbeiterschaft zugezogen wurde.

Am Beginn der Freitagsitzung teilte Vorsitzender Motzkin mit, daß die allgemeinen Zionisten an Stelle der verstorbenen Aktionskomiteemitglieder Professor Chajes (Wien) und Idel Schwarz (Südafrika), die Herren Dr. Alfred Klee (Berlin) und Dr. Alexander Licht (Agram) in das Aktionskomitee als Mitglieder delegiert haben. Josef Baraz (Palästina) nimmt an Stelle von Ben Gurion als Vertreter des Waad Leumi an der Tagung teil.

Im weiteren Verlauf der Freitag-Sitzung kamen noch die folgenden Redner zu Worte:

Fishman (New York) widerlegt einige Behauptungen Grünbaums. Im Grunde genommen sei die Opposition durch die Ergebnisse von New York völlig entwaffnet. Als Augenzeuge kann er von dem ungeheuren Eindruck der Konferenz in New York berichten. Nicht nur Warburg und Marshall, sondern auch viele andere Nichtzionisten haben betont, daß sie bereit sind, mitzuarbeiten. Redner hebt die durch höchste Achtung gekennzeichnete Haltung der Nichtzionisten zu den Vertretern der Organisation hervor. In Amerika ist die Sache gut gemacht worden. Es ist die Pflicht der anderen Länder, diesem Beispiel zu folgen.

Harzfeld (Achduth Awoda, Palästina) drückt Weizmann die Anerkennung für seine Arbeit aus. Die Jugend kommt wieder zu uns, weil Palästina einen neuen Aufschwung erlebt. Für Redner gibt es in der Frage der Kwuzah keine Kompromisse. Die Juli-Beschlüsse dürfen nicht geändert werden.

Brodetsky (Exekutive): Mit den Resultaten von New York kann man zu 95 Prozent zufrieden sein. Die Anerkennung der Prinzipien der hebräischen Kultur und der jüdischen Arbeit bedeuten für ihn persönlich das Wichtigste. Mit den Beschlüssen des KKL. kann man zufrieden sein. Das Recht der Siedler auf Selbstbestimmung ist nicht angetastet. Die Jewish Agency hat nicht die einzelnen Kolonisationspläne, sondern nur deren Rentabilität zu bestimmen. Wir treten in die Agency mit der Erbschaft aller zionistischen Prinzipien ein, für deren Verwirklichung wir kämpfen werden. Grünbaums Verschleppungsanträge sind eine unfruchtbare Überspitzung eines Prinzips, durch Verhandlungen noch mehr zu erreichen. Der Aufbau Erez Israels kann nicht durch Spitzfindigkeiten, sondern nur durch die Anstrengungen des jüdischen Volkes bewerkstelligt werden. Der Aufbau des Landes ist die halbe Arbeit. Wir hoffen, daß wir auch als Zionisten den Aufbau des Volkes durchführen werden.

Als letzter Redner der Debatte spricht Sam Cohen (Palästina).

Schlußwort der Exekutive.

Sacher:

Das A.-C. muß sich die einfache Frage stellen, ob es die Agency will oder nicht. Macht man eine Alliance, dann geht dies nur auf der Basis gegenseitiger Vereinbarung und keine Seite kann ihre Bedingungen diktieren. Redner rekapituliert die einzelnen Stadien, die die Politik der Erweiterung der Agency in den letzten fünf Jahren durchgemacht hat, und bespricht dann die Verhandlungen in Amerika, deren Resultat er für sehr befriedigend hält. Wenn die Linke mit der Formulierung Marshalls bezüglich der Siedlungsformen nicht einverstanden ist, so muß man darauf hinweisen, daß die Arbeiterpartei selbst gar nicht das freie Selbstbestimmungsrecht des Siedlers anerkennt; sie fordert z. B., daß keine Siedlung einen Beschluß fassen kann ohne die Zustimmung des „Nir“. Während die Survey Commission die Kwuzah abgelehnt hat, wird in den jetzigen Vorschlägen der Kwuzah dieselbe Chance gegeben wie jeder anderen Siedlungsform. Es scheint aber, daß die Arbeiterpartei nicht zufrieden ist mit bloßer Gleichberechtigung der Kwuzah, sondern für sie eine privilegierte Stellung fordert. Sollte dem so sein, so läßt sich dieser Wunsch nicht erfüllen. Redner spricht zum Schluß noch über die Schwierigkeit, der zionistischen Hälfte der Agency gebundene Marschroute zu geben. Er tritt schließlich für eine vorbehaltlose loyale Annahme der amerikanischen Vorschläge ein.

Dr. Weizmann:

Ich glaube, daß sogar die Opposition zugeben muß, daß wir unser Bestes getan haben, um die Juli-Beschlüsse des A.-C. loyal durchzuführen. Unsere Bemühungen bezogen sich in erster Linie auf einen Punkt, der seltsamerweise in der Debatte fast gar keine Beachtung gefunden hat. Es kam uns darauf an, den Herren, die sich unter dem Eindruck des Expertenberichtes befanden, klar zu machen, daß unsere jüdische Kolonisation in Palästina nicht eine rein technische Frage ist, sondern mit ganz bestimmten Imponderabilien zu rechnen hat, auf die es gerade ankommt. Der Expertenbericht konnte höchstens technisch-kolonisatorische Ratschläge geben, aber in unseren spezifischen Sorgen konnte er uns nicht helfen. Dies habe ich im einzelnen klar zu machen versucht mit dem Erfolg, daß wir uns einig darüber wurden, daß der Bericht nicht unabänderliche Wahrheiten sagt, sondern nur wichtige Richtlinien gibt, die man von Fall zu Fall gemäß unseren Realitäten auch ändern kann. Diesen ersten Absatz des New Yorker Uebereinkommens halte ich für das wichtigste Ergebnis unserer Verhandlungen. Redner spricht dann über die Einzelheiten der amerikanischen Vorschläge und betont, er lege Wert darauf, daß gerade die Linke diesen Resolutionen zustimmt. Das Selbstbestimmungsrecht der Siedler sei darin nicht angetastet, und gegenüber der negativen Haltung des Expertenberichtes seien die Resolutionen ein gewaltiger Fortschritt. Wir müssen verstehen, daß auch die Geldgeber ein gewisses Bestimmungsrecht haben wollen. Wenn einigen Herren die Form der New Yorker Beschlüsse einige Gefahr zu bieten scheint, so freue er sich über Sprinzaks Wort, daß wir keine Angst haben. Unsere Prinzipien werden wir weiter vertreten.

Was die Vertretung der nichtzionistischen Arbeiterschaft in der Agency betrifft, so haben wir uns vielfach bemüht, diese Kreise zu gewinnen, es ist aber noch nicht völlig gelungen. Wir werden uns weiter bemühen und wir werden die Herren sehr willkommen heißen, wenn sie kommen. Wenn sie noch nicht kommen, dann wird der Platz für sie frei sein.

Redner setzt sich dann mit Grünbaums Rede auseinander. Ich habe Grünbaum so verstanden, daß er meint: für Palästina ist die Agency vielleicht gut, für Polen ist sie schlecht. Nun begreife ich sehr gut den schweren Kampf, den Grünbaum zu führen hat und daß ihm alles unwillkommen sein muß, was ihm diesen Kampf noch schwerer zu machen scheint. In dieser Beziehung bin ich sein Gegenstück. Ich anerkenne die Bedeutung des Kampfes um die nationalen Rechte, aber ich selbst muß mir Scheuklappen anlegen und darf nur das eine Ziel sehen. Ich könnte auch sagen, wenn Sie in Polen etwas unternehmen, was das Hauptziel stört, könnten wir Sie zur Rechenschaft ziehen, aber wir haben dies niemals getan, weil ich mich nicht für berechtigt fühle, mich in diese Sache einzumischen, da ich nicht unter diesem Druck stehe wie Sie. Aber wenn die Frage so steht: Entweder das Tempo des Palästina-Aufbaus beschleunigen oder die nationale Politik in Polen fördern, dann gibt es für mich keine Wahl. Denn ich behaupte, daß auch Ihr Nationalismus abhängig ist von dem, was wir in Palästina machen. Der Stoß, den die nationale Arbeit erhalten hat, kam nicht von den Helsingforser Beschlüssen, sondern daher, daß der Zionismus durch die Balfour-Deklaration einen Status erhalten hat. Ich bin im Zionismus für direkte Aktion, d. h. für Konzentration der Kräfte auf Palästina. Und wirkliche Macht in Palästina wird auch nicht bewirkt durch Demonstrationen, die oft wie Karikaturen aussehen, sondern durch Menschen, Land, Institutionen, ein sich entwickelndes normales Volksleben.

Wir stehen jetzt vor einer Wendung. Ich habe in New York gesagt: Das, was wir erreicht haben, wurde dadurch erreicht, daß Menschen in Palästina waren, die ihr Leben für diese Sache gegeben haben. Je mehr Menschen dort sich voll einsetzen werden, um so mehr werden wir in Zukunft erreichen. Wenn wir jetzt wieder die Sache verschleppen, dann wird die jüdische Welt das nicht verstehen. Selbst wenn jemand meint, berechtigte Zweifel zu haben, so wird man uns nicht das Recht zubilligen, wegen eines I-Tüpfelchens den Gang der Dinge aufzuhalten. Hätten die Zionisten nicht über Chaluzim geredet, sondern wären sie auf den Gebieten ihrer Arbeit selbst Chaluzim gewesen, dann hätte man vielleicht die Erweiterung der Agency nicht gebraucht, oder es wäre dann der Impuls unserer Arbeit so stark gewesen, daß die Herren auch ohne Erweiterung zu uns gekommen wären. Aber heute muß ich offen sagen, daß ich viele Zionisten kenne, die nicht einen Bruchteil davon für Palästina leisten, was manche Nichtzionisten tun. Ich habe das Vertrauen, daß Palästina das Leben derer, die dafür arbeiten, ändern wird, so wie es mein Leben geändert hat. Darum halte ich nicht viel von Resolutionen und Formeln, sondern das Leben wird es entscheiden, und das Leben arbeitet für uns. Wir sind für die Erweiterungspolitik nicht aus Müdigkeit, sondern aus dem brennenden Wunsch, aus den 600 Zertifikaten, die wir jetzt bekommen haben, 6000 und 60.000 zu machen. Die Realität Palästinas erwartet von uns, daß wir entschlossen handeln. Redner fordert das A.-C. auf, die Resolution, die von der Exekutive vorgeschlagen werden wird, anzunehmen.

Stephan Wises Auftreten.

Nach der Eröffnung der Sitzung durch Präsident Motzkin erstattet zunächst im Namen der Exekutive Herr Felix Rosenblüth den Bericht über die geplante Organisation der erweiterten Jewish Agency. Der Organisationsplan ist von einer Kommission entworfen worden, die von der Exekutive in London eingesetzt wurde und nunmehr detaillierte Vorschläge unterbreitet. Es ist beabsichtigt, daß das Aktions-Komitee als Organisationskommission fungiert und in die Spezialdebatte über die einzelnen Punkte eintritt.

Zuvor jedoch soll der erste Punkt der Tagesordnung, die Behandlung der amerikanischen Vorschläge, beendet werden. Hierzu sind eine Reihe von Anträgen eingebracht worden. Um über die Form der Abstimmung schlüssig zu werden, unterbricht das Präsidium die Sitzung für eine halbe Stunde.

Nachdem die Sitzung um 9 Uhr wieder eröffnet wurde, erhält das Wort zunächst der inzwischen eingetroffene Vizepräsident des A.-C., Dr. Stephen Wise (New York). Präsident Motzkin erklärt, daß, obwohl die Generaldebatte bereits geschlossen ist, Dr. Wise mit Rücksicht auf sein verspätetes Eintreffen noch angehört werden soll.

Dr. Stephen Wise

wendet sich in einer mehr als einstündigen leidenschaftlichen Rede gegen die Annahme der vorgeschlagenen Anträge und gegen das ganze Projekt der Erweiterung der Jewish Agency. Zunächst protestiert Dr. Wise dagegen, daß die Frage in geschlossener Sitzung behandelt wird.

Wir sind Treuhänder des jüdischen Volkes. Unsere Partner aber wollen nicht wirkliche Teilhaber des Mandates sein, sondern nur Helfer, im besten Falle Spender für Palästina, nicht für das jüdisch-nationale Heim. Der beabsichtigte Vertrag mit den Nichtzionisten wird eingehen in unsere Geschichte als ein zweites Weißbuch. Denn die Konzessionen werden nur von unserer Seite gemacht. Die Nichtzionisten haben vielleicht Vertrauen zu einzelnen zionistischen Führern, aber dem Zionismus als Ganzes mißtrauen sie. Die anderen bleiben ihrer Ueberzeugung treu. Sie wollen Palästina helfen, so wie sie Polen geholfen haben. Palästina wird eine kleine Provinz innerhalb des Tätigkeitsbereiches des Joint Distribution Committee werden. Als nach der ersten unparteiischen Konferenz in Amerika, bei welcher diese Herren ihre Hilfe für Palästina zugesagt haben, das Krimprojekt auftauchte, war man sofort bereit, für Rußland zu arbeiten. Damals sprach ich, der ich allein in Amerika in schwerem Kampf stand, vom Primat Palästinas. Als Dr. Weizmann aber kam, hat er meine Erklärung desavouiert. Das war der Beginn der Unterwerfung. Ich habe damals nachgegeben und sogar meine Zustimmung zum Agency-Plan erteilt, aber ich war der Meinung, es handle sich um eine Agency für den Aufbau eines nationalen Heims, nicht nur um Hilfe für Palästina.

Wenn ich wählen muß zwischen Weizmann ohne Zionismus und Zionismus ohne Weizmann, dann wähle ich Zionismus ohne Weizmann. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, zu allen Forderungen Weizmanns Ja zu sagen. Jetzt ist der Moment, wo wir Widerstand leisten müssen; denn haben wir erst einmal unterschrieben, dann gibt es kein Zurück.

Lassen wir das jüdische Volk entscheiden durch ein Plebiszit, ob wir die Jewish Agency sein sollen oder ob wir sie den anderen übergeben sollen. Das Volk wird uns als seine Treuhänder einsetzen. Es ist noch nicht zu spät. Ich weiß zwar, daß die Sache Ihnen bereits als beendet erscheint, aber ich halte es für meine Pflicht, Sie dennoch zu warnen. Sie sollen nicht den Zionismus preisgeben.

Die Abstimmung.

Die Jewish-Agency-Resolution mit 39 zu 5 Stimmen angenommen.

Nach der Rede von Dr. Wise gab Dr. Weizmann die Erklärung ab, daß er die von Stephen Wise beobachtete Haltung wohl zu würdigen wisse, aber sowohl den neuen Partnern wie auch der eignen Kraft der Zionisten volles Vertrauen entgegenbringe. Auf die einzelnen Argumente Dr. Wises erübrige es sich einzugehen, da diese in zahllosen Varianten während der letzten 4 Jahre vorgebracht und entkräftet worden seien.

Präs. Motzkin erklärt, daß nun zur Abstimmung geschritten werden soll. Zwecks Redigierung der Resolutionen wird auf Wunsch des Misrachi noch eine Pause anberaumt.

Nach der Pause wird die Abstimmung vorgenommen. Nach Verlesung der einzelnen Resolutionen werden noch verschiedene Anfragen und stilistische Aenderungsvorschläge eingebracht. Ferner stellt Dr. Soloweitschik eine Anfrage an das Präsidium des Aktionskomitee, wie die von der Mehrheit vorgeschlagene Resolution in Einklang zu bringen sei mit der Erklärung des Präsidenten Dr. Weizmann, daß alle Vereinbarungen vom Kongreß zu ratifizieren sind. Präsident Motzkin erwidert, das Präsidium sei der Meinung, daß der Kongreß die Vereinbarungen zu ratifizieren hat, die Exekutive habe aber den Auftrag, alle Vorbereitungen soweit sicherzustellen, daß die Jewish Agency sofort nach der Ratifizierung durch den Kongreß errichtet werden kann.

In der Abstimmung wird der Antrag der Radikalen, der ausspricht, daß die Bedingungen des Aktionskomitees in wichtigen Punkten nicht erfüllt worden sind, mit allen gegen drei bezw. gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Hierauf wird ein Antrag Remes angenommen, der lautet: Das Aktionskomitee stellt nochmals fest, daß auf Grund der Beschlüsse des 15. Kongresses der jeweilige Präsident der Zionistischen Organisation das Amt des Präsidenten der Jewish Agency zu bekleiden hat.

Zu dem vorliegenden Amendement der Hitachduth und Poale Zion erklärt Felix Rosenblüth, daß die Exekutive damit einverstanden sei. Das Amendement wird dann einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag betreffend die Teilnahme der nichtzionistischen Arbeiterschaft in der Agency. Sodann wird die Hauptresolution, welche die Antwort auf die Memoranda Mr. Marshalls enthält, mit 39 gegen 5 Stimmen angenommen. (Dagegen stimmen zwei Revisionisten, 2 Radikale und Dr. Wise). Stimmenenthaltungen sind keine, mit Ausnahme des Vorsitzenden.

Der abgelehnte Antrag der Radikalen hatte folgenden Wortlaut: 1. Das Aktionskomitee stellt fest, daß von den Bedingungen, die die Sitzung des Aktionskomitees im Juli 1928 als Voraussetzung der Erweiterung der Jewish Agency aufgestellt hat, eine wesentliche Bedingung durch die Vereinbarungen in New York unerfüllt geblieben ist, und zwar diejenige, die das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Siedler hinsichtlich der Form ihrer Ansiedlung gewährleisten sollte. Das Aktionskomitee beauftragt die Exekutive, in erneute Verhandlungen mit der amerikanischen nichtzionistischen Gruppe hinsichtlich dieses Punktes einzutreten und stellt wiederum fest, daß die Gewährleistung dieses Prinzips eine unbedingte Voraussetzung für die Erweiterung der Jewish Agency darstellt.

2. Das Aktionskomitee stellt fest, daß von den Voraussetzungen für die Erweiterung der Jewish Agency die vom 14. und 15. Kongreß aufgestellt worden sind, zwei bis heute unerfüllt geblieben sind, und zwar a) diejenige, die fordert, daß die Erweiterung zunächst für die Dauer von drei Jahren erfolgen soll und b) diejenige, die verlangt, daß der Präsident der Zionistischen Organisation in jedem Fall Präsident der Jewish Agency sein müsse.

Die Vereinbarung, die in New York bezüglich des Status der Zionistischen Organisation im Falle einer der erweiterten Jewish Agency getroffen wurde, kann nur dann von Wert sein, wenn vorher eine schriftliche Zustimmung der englischen Regierung zu dieser Vereinbarung erlangt wird. Das Aktionskomitee beauftragt daher die Exekutive, in Verhandlungen mit der englischen Regierung zwecks Erlangung dieser schriftlichen Erklärung einzutreten, sowie durch Verhandlungen mit den nichtzionistischen Gruppen die Forderung bezüglich des Präsidenten der Jewish Agency durchzusetzen. Das Aktionskomitee stellt fest, daß die Konstituierung der nichtzionistischen Vertretungen der einzelnen Länder erst erfolgen darf, wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind und die Zustimmung des Kongresses bezüglich der Aufhebung des Provisoriums erlangt ist.

Die angenommenen Resolutionen lauten:

Antrag der Hitachduth-Poalezion.

Das Aktionskomitee stellt fest, daß § 3 des New Yorker Memorandums den vom Aktionskomitee in seiner Sitzung vom Juli 1928 gefaßten Beschluß in Kraft beläßt, wonach unter der Voraussetzung, daß jede Siedlungsform den Erfordernissen der Wirtschaftlichkeit und der ökonomischen Selbsterhaltung genügen muß, die Freiheit des Siedlers in der Bestimmung der sozialen Form seiner Wirtschaft (Kwuzah, Moschaw oder eine andere Form) gewahrt werden soll.

Antrag Rubaschow:

Das Aktionskomitee nimmt zur Kenntnis die Mitteilung des Präsidenten der Zionistischen Organisation betreffend die Heranziehung von Vertretern der jüdischen Arbeiter-Organisationen in Amerika innerhalb der 40 % der Nicht-Zionisten in der Jewish Agency.

Hauptresolution:

Das Aktions-Komitee spricht seine Befriedigung aus über den Verlauf der Konferenz von Vertretern des amerikanischen Judentums in New York am 20. und 21. Oktober 1928, die sich für den Eintritt der amerikanischen Judenheit in die Jewish Agency, die gemäß dem Palästina-Mandat berufen ist, an der Schaffung des jüdischen nationalen Heims mitzuwirken, erklärt hat.

Nachdem die auf Grund der Beschlüsse des Aktions-Komitee vom Juli 1928 in Berlin geführten New Yorker Verhandlungen ihren Abschluß gefunden haben, ermächtigt das AK.

nach Kenntnisnahme der Memoranda, die dem Briefe des Mr. Marshall vom 20. November 1928 beigeschlossen waren, die Exekutive der Zionistischen Organisation:

in der Erwägung, daß diese Verhandlungen den Berliner Beschlüssen weitgehend Rechnung tragen,

und in der Erwägung, daß die Ergebnisse der Verhandlungen einen entscheidenden Schritt zur Vereinigung der gesamten Judenheit innerhalb der erweiterten Jewish Agency für den Aufbau von Erez Israel bedeuten,

Mr. Marshall mitzuteilen, daß die Zionistische Organisation bereit ist, im Einklang mit den in den Memoranden enthaltenen Vorschlägen vorzugehen.

Das AK. erwartet, daß die Exekutive alle notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um die Errichtung des Council der erweiterten Jewish Agency und dessen Einberufung zum frühestmöglichen Termin nach dem 16. Kongreß sicherzustellen.

Am Sonntag, den 23. Dezember, wird die Debatte fortgesetzt. Am Ende der Sitzung hält Dr. Wise eine längere Rede, in der er noch einmal die durch die Schaffung der erweiterten Jewish Agency entstehenden Probleme kritisch beleuchtet. Nachdem noch einige Redner zu organisatorischen Einzelheiten sich geäußert hatten, hielt Präsident Sokolow eine zusammenfassende Schlußrede, in welcher er von höherer Warte die Entwicklung, die zur erweiterten Agency führte, beleuchtete. Er analysierte die geäußerten Bedenken und klärte verschiedene Mißverständnisse in bezug auf das künftige Verhältnis der „Nichtzionisten“ und der Zionistischen Organisation. Es handle sich um keine „Unterwerfung“ der Zionisten, auch nicht der andern Seite, sondern um loyale Zusammenarbeit für Erez Israel. Er warnt vor unberechtigter Unterschätzung der Kraft des Zionismus. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß die zionistische Bewegung in sich so stark sei, daß sie daran gehen könne, die große Peripherie der Zionsfreunde organisatorisch in dem Gebilde der Jewish Agency zusammenzufassen.

Namens der Exekutive gaben Prof. Brodetsky und Harry Sacher ausführliche Erklärungen ab und erläuterten einzelne, von mehreren Rednern im besonderen Maße in den Vordergrund ihrer Bemerkungen gerückte Punkte, so die Frage der Stimmvertretung, der Formulierung der Konstitution der Jewish Agency und der völkerrechtlichen Folgen der Agency-Erweiterung. Felix Rosenblüth regte die Schaffung einer ständigen Kommission des Aktionskomitees an, die im Einvernehmen mit der Exekutive die in Behandlung stehenden Fragen beraten soll. Diese Anregung wird der Vierzehner-Kommission überwiesen.

Politischer Bericht der Exekutive.

Dr. Brodetsky erstattet den Bericht der Exekutive über die politische Arbeit in London seit der letzten Aktionskomiteesitzung. Er erwähnt die wichtigsten Ereignisse dieser Periode, insbesondere den Amtsantritt des neuen High Commissioners Sir John Chancellor, und berichtet sodann über die Schritte der Exekutive in der Angelegenheit des Vorfalles an der Klagemauer. Die Exekutive hat ferner mit der Regierung verhandelt wegen der Beschäftigung jüdischer Arbeiter beim Hafenbau in Haifa, der aus Gründen, die nicht mit unseren Angelegenheiten zusammenhängen, um einige Wochen verschoben werden mußte. Weiter wurde verhandelt wegen der neuen Verordnung über die Regelung des Erziehungswesens, zu der die Exekutive die jüdischen Wünsche vorgetragen hat. Was Immigration betrifft, so steht die Exekutive auf dem Standpunkt, daß die Regierung die Möglichkeit für eine große Alijah geben muß; in den Vorschriften bezüglich der Verwandten-Einwanderung u. a. wurden Verbesserungen erzielt. Auch in der Durchführung der Naturalisation sind Erleichterungen zu verzeichnen. Der Redner erörtert weiter verschiedene aktuelle Fragen bezüglich der Regierungsböden, ferner bezüglich gewisser arabischer Forderungen, zu denen eine zionistische Stellungnahme erforderlich ist, und geht dann über auf die Fragen der politischen Propaganda und der Pro-Palästina-Bewegung in den einzelnen Ländern, insbesondere in England. Unsere ganze Politik, so schließt der Redner, ist aufgebaut auf dem Grundsatz, daß wir nichts tun wollen, was die Interessen der jetzigen Landesbevölkerung schädigt. Wir sind der Meinung, daß unsere Arbeit dem ganzen Lande nützt, und wir haben das bewiesen. Jetzt aber fordern wir von der Mandatarmacht auch eine positive Unterstützung unserer Bemühungen.

Nach einer Pause erstattet

Miß Szold

das Referat über die Tätigkeit der Palästinaexekutive.

Miß Szold stellt zunächst fest, daß es der Exekutive gelungen ist, die Schuldenlast, die sie bei ihrem Amtsantritt übernommen hat, erheblich zu verkleinern. Rednerin gibt einige Ergänzungen zum Referat von Dr. Brodetsky in bezug auf die politische Freiheit und betont, daß der neue Oberkommissär in Palästina einen sehr guten Eindruck gemacht hat. Was die Kolonisation betrifft, ist die Konsolidierung unserer Siedlungen nicht so vorgeschritten, wie wir gewünscht hätten, erstens wegen der Dürre im letzten Jahre, zweitens wegen des zu kleinen Budgets. Rednerin betont, daß ein zusätzliches Budget von mindestens 20.000 Pfund unerläßlich sei, wenn nicht die dringendsten Notwendigkeiten der Kolonisationsarbeit versäumt werden sollen. Das landwirtschaftliche Budget beträgt 75.000, nach gewissen notwendigen Abzügen bleiben nur 32.000 für die Siedlungen, das bedeutet, daß viele Siedler die Siedlungen verlassen werden, wenn wir nicht einen Ausweg finden. Die Exekutive braucht noch 4000 Pf., um auch nur den Unterhalt der Kolonisten sicherzustellen. Bezüglich der Kontrakte mit den Siedlern ist ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen, aber der Abschluß muß beschleunigt werden. Was die Arbeitslosigkeit betrifft, so zählt man jetzt 1632 Arbeitslose, besonders in Tel Awiw, Haifa und Afule. Das ist keine übermäßige Zahl, aber es ist zu berücksichtigen, daß auch die beschäftigten Arbeiter in keiner besonders guten Lage sind, weil der Lohnsatz sehr niedrig ist. Wir haben etwa 6000 jetzt zum größten Teil beschäftigte Arbeiter, die auf öffentliche Arbeiten angewiesen sind. Die Referentin bespricht dann die Fragen der Einwanderung und die Verteilung der neuen Zertifikate. 30 Zertifikate wurden nach Aden für Jemeniten geschickt. Der Sekretär des Einwanderungsdepartements, Barlas, der jetzt Europa bereist, erhielt die Direktive, die Zertifikate vor allem an qualifizierte Chaluzim zu geben. Außerdem hat die Regierung 200 Zertifikate für politische Flüchtlinge aus Rußland bewilligt.

Nunmehr schildert die Rednerin die Lage in den ihr direkt unterstellten Departements für Gesundheit und Unterricht. Was zunächst das Gesundheitswesen betrifft, so ist zu sagen, daß der Waad Habriuth ausgezeichnet gearbeitet hat. Für das Hospital in Tel Awiw hat die Regierung 2000 Pfund Jahressubvention bewilligt, was die Referentin für ungenügend hält. Außerdem hat die Regierung eine einmalige Zuwendung von 4000 Pfund für den Bau und 2000 für die Einrichtung gewährt. Das letzte Jahr ist in gesundheitlicher Beziehung ein gutes gewesen, es gab wenig Malaria und auch weniger Dysenterie und Typhuserkrankungen. Schließlich seien noch zwei Angelegenheiten hervorzuheben, in denen wir uns noch nicht mit der Regierung einigen konnten, das ist die Errichtung eines Infektionsspitals und einer Anstalt für Geisteskranke. Im Schulwesen ist es gelungen, ein Zusatzbudget von 11.500 Pfund aufzubringen, so daß alle Schulen eröffnet werden konnten. Wenn wir die 58.000 Pfund des Budgets dazu rechnen, so erhalten wir genau die Summe, die Dr. Lurie als Minimalbudget bezeichnet hat, so daß wir sagen müssen, daß seine Rechnung vollständig richtig war. Unsere Sorge ist jetzt, woher wir im nächsten Jahre die 15.000 Pfund nehmen werden, die notwendig sind, um alle Kinder unterzubringen. Der Jischuw trägt bereits heute 20.000 bei, außerdem 58.000 für andere Schulen, so daß er 78.000 Pfund für Schulzwecke aufbringt. Die Regierung gibt 19.300. Der neue Direktor des Erziehungswesens ist Dr. Berkson, ferner freuen wir uns, die Mitarbeit Dr. Luries wenigstens in der Funktion eines Inspektors wieder gewonnen zu haben. Die gegenwärtige Verfassung (Chukah) unseres Erziehungswesens ist aber dringend reformbedürftig, da die Leitung aus dem Direktor mit den drei Inspektoren besteht, welche anderen Instanzen (z. B. dem Misrachi) mitverantwortlich sind.

Zum Schluß begründet Miß Szold ihre Forderung eines außerordentlichen Budgets von 20.000 Pfund. In Tel Awiw sind Arbeitslose, die, wenn sie nach den umliegenden Kolonien überführt werden könnten, dort Arbeit und sogar Boden finden würden. Die Überführung von 100 Familien kostet 5000 Pfund. Die Exekutive braucht ferner in diesem Jahre noch 8000 Pfund, die im Budget nicht vorgesehen sind, um den ursprünglich von der Amzic gekauften Boden von Kafretta zu retten. Von den 4000 Pfund für die Siedlungen war schon früher die Rede. Hinzu kommen noch einige kleinere Posten. Diese 20.000 Pfund sind also unbedingt erforderlich, um katastrophale Folgen zu vermeiden. Die Rednerin appelliert am Schluß ihres einstündigen Referates mit großer Wärme an die im Aktionskomitee anwesenden Zionisten aller Länder, durch eine besondere Anstrengung diese Summe für Erez Israel zu beschaffen.

Nach einer Pause gelangt zur Behandlung zunächst der Punkt der Tagesordnung betreffend die Überführung der Gebeine Herzls nach Palästina.

Rosenblüth referiert im Namen der Exekutive über Punkt 6 (Überführung der Gebeine Herzls nach Palästina). Es folgt eine kurze Aussprache, an der sich u. a. Motzkin und Klee beteiligen, sowie eine neuerliche Erklärung der Exekutive, aus welcher hervorgeht, daß die Exekutive im Sinne des Kongreßbeschlusses bei der Durchführung dieser Aufgabe eine ganze Reihe von technischen und juristischen Einzelheiten einer Lösung zugeführt hat und die Angelegenheit weiter im Auge behält, wenngleich der Termin der Ueberführung vorläufig noch nicht festgestellt werden kann.

Sodann wird die Generaldebatte über die politischen und Palästina-Berichte eröffnet.

In der Debatte, an der eine große Zahl von Rednern aller Gruppen teilnahmen, werden alle in den Berichten der Exekutive behandelten Gegenstände berührt. Hierauf wird die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 1 Uhr berichtet zunächst Felix Rosenblüth über die Frage der Festsetzung von Ort und Zeit des XVI. Kongresses. Die Exekutive hat alle Möglichkeiten untersucht und schlägt vor, als Termin der Kongreßeröffnung den 21. oder 28. Juli zu bestimmen, die definitive Wahl des Ortes der Exekutive zu überlassen. Nach längerer Debatte wird beschlossen, daß der Kongreß am 28. Juli, d. i. der 20. Tammus (25. Todestag Herzls) eröffnet werden soll. Die Wahl des Ortes soll die Exekutive im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aktionskomitees treffen.

Sodann entspinnt sich eine lange Debatte über die Frage, ob der Beschluß der vorigen Aktionskomiteesitzung, im Frühjahr eine Aktionskomiteesitzung in Palästina abzuhalten, aufgehoben werden soll oder nicht. Nachdem zahlreiche Argumente für und gegen diesen Antrag vorgebracht wurden, wird durch Mehrheitsbeschluß festgestellt, daß der Beschluß der letzten Sitzung aufrecht erhalten bleiben soll.

Als letzter Punkt der Tagesordnung gelangt dann zur Verhandlung der Bericht der Vierzehnerkommission über die Vorschläge betreffend die Organisation und Zusammensetzung der Jewish Agency.

Das Aktionkomitee faßt eine Reihe von Beschlüssen, worunter hervorzuheben ist der Beschluß, daß vor der Konstituierung des Councils mindestens zwei osteuropäische Länder ihre Vertreter ernannt haben sollen, darunter Polen.

Grünbaum gibt zum Schluß die Erklärung ab, daß er bis zum Kongreß weiter gegen die Politik der Agency-Erweiterung kämpfen wird.

Sodann schließt Präsident Motzkin am 25. Dezember um 8 Uhr vormittags die Sitzung.

Brünner Zionistentag.

Die Prager Delegierten

1. „Allgemeine“ Zionisten: 1. Dr. Ludwig Singer; 2. Dr. Felix Weltsch; 3. Dr. Felix Rosek; 4. Ing. Oskar Aschermann, 5. Dr. Moritz Singer; 6. Dr. Artur Bergmann; 7. Dr. Franz Friedmann; 8. Dir. Viktor Kohn; 9. Dr. Zdeněk Landes; 10. Olga Bobasch; 11. Dr. Josef Schlesinger; 12. Otto Iltis; 13. Artur Herzog; 14. Emmy Kohn; 15. JUC. Kurt Grünberger; 16. Ruben Stein; 17. Erich Kresta; 18. Dr. Friedrich Fried. — Ersatzmänner: Dr. Max Schneider; Emil Felix; Viktor Mautner; Leo Kraus; Hans Kafka; Irma Pollak; Emerich Schlesinger; Leo Kohn.

2. Radikale Zionisten: 1. Ernst Freud; 2. Hanna Steiner; 3. Irma Kohn; 4. JUC. Hugo Brauner; 5. Anna Parkus; 6. JUC. Walter Stiagl; 7. Dr. Fritzi Margulies; 8. Prof. Ludwig Steiner; 9. Liesl Müller; 10. Egon Haas.

3. Revisionisten: 1. Hans Löw; 2. Jakob Sternberg; 3. Kurt Steiner; 4. Dr. Moses Weeg; 5. Markus Mirski; 6. Israel Heller; 7. Simson Juniémann; 8. Abraham Hoshiloni. — Ersatzmänner: Michal Kairowski; Michal Movsensohn; Otto Stammberger; Leo Pollak; Josef Sochet, Chaim Rappaport Josef Kahan; Jakob Eidels.

Nachtrag zu den Berichten vom Zionistentag.

Ostböhmischer Arbeitskreis.

Der ostböhmische Arbeitskreis wurde am 6. Juni 1926 bei dem ersten ordentlichen Kreistag in Pardubice errichtet. Es fanden seitdem neun Ausschußsitzungen, ein außerordentlicher und ein ordentlicher Kreistag in Hradec am 12. Dezember 1927, einige gemeinsame Ausflüge und ein Jugendtag am 7. Juli 1928 statt. In den Orten Hradec, Náchod und Pardubice bestehen zionistische Vereine, in Náchod außerdem eine Wizo-Gruppe, in Pardubice ein Makkabi-Verein. Vorträge wurden auch in Königinhof und Nový Bydžov veranstaltet. In Rosbovice und Chrast veranstalteten die Zionisten Unterhaltungen zu Simchas Thora. Insbesondere hervorzuheben ist das freundschaftliche Verhältnis der Zionisten dieses Kreises, die auch an den zionistischen Veranstaltungen der Nachbarorte teilnehmen. Der Vorsitzende des Arbeitskreises ist Ing. Traub in Pardubice, seine Stellvertreter Erich Moller, Náchod, und Dr. Kollmann, Hradec Kralové.

Der Gripperekonvaleszent verspürt allgemeine Schwäche und Ermüdung. Die Muskeln sind erschlafft, die Nerven abgespannt. Massage, über ärztliche Vorschrift, mit Menthol-Franzbranntwein „Alpa“, stärkt die Muskeln, erfrischt die Nerven und hebt die Tatkraft. Verlangen Sie nur „Alpa“-Originalpackung mit unverletzter Plombe.

Gebetsordnungen.

Knabenwaisenhaussynagoge,
Prag I. Havelská 21

Knabenwaisenhaus-Synagoge, Havelská 21.

Freitag, den 28. Dezember	abends	4.15 Uhr
Samstag, den 29. Dezember	vormittags	8.30 „
Mincha		4.00 „
Ausgang		5.00 „
Sonntag, den 30. Dezember	früh	8.00 „
An Wochentagen	früh	6.45 „
	abends	4.00 „

Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post- und Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 135080/ VII—1926 bewilligt.
Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Moriz Mandl. — Druck von Heinr. Mercy Sohn, Prag.